

Miltiadis Oulios  
Klima-Kommunismus. Gleichheit in Zeiten der Erderwärmung  
Unrast-Verlag, Münster 2024  
208 Seiten, 16,00 Euro  
ISBN: 978-3-89771-384-0

Miltiadis Oulios ist ein erfahrener Radiojournalist, dessen Schwerpunktthemen Klima und Migration so manche Fußangel aufweisen. Er weiß also, auf was er sich einlässt. Ein Buch mit „Kommunismus“ im Titel ist dennoch ein Risiko, denn die Popularisierung des Begriffs durch Autoren wie Slavoj Žižek oder Kohei Saito dürfte enge intellektuelle Kreise kaum verlassen haben. Oulios setzt sich mit dem Problem offensiv auseinander und argumentiert, die Klimakrise sei so ernst, dass es notwendig sei, eine klare und harte Alternative zum Weiter-so zu benennen. Wir dürften vor dem Aussprechen radikaler Forderungen nicht mehr zurückschrecken. „Wir brauchen kein Bilderverbot. Wozu im Ungefähren schwelgen, wie sich Gleichheit und Klimafreundlichkeit kombinieren lassen? Bieten wir die Möglichkeit zur konkreten Diskussion und lassen wir Angriffsflächen zu. Nehmen wir ernst, dass die Klimakrise einer Renaissance der Idee des Kommunismus Vorschub leistet.“ (S. 202)

Dabei ist Oulios' Kommunismus etwas sehr Eigenständiges. Es geht ihm ausdrücklich nicht um die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, zumindest nicht sofort (u. a. S. 201); schon gar nicht spricht er von der Partei als Avantgarde oder ähnlichen Absonderlichkeiten. „Bei der Idee des Klima-Kommunismus geht es eher darum, eine 'Öko-Demokratie' zu erschaffen. Niemand von uns würde sich ernsthaft von einer Regierung vorschreiben lassen, wie wir Spaß haben und wie wir leben sollen. Es ist ohnehin ein Rätsel, wie die autoritären Kommunisten der Vergangenheit auf die Idee kommen konnten, dass dies etwas mit Kommunismus zu tun haben könnte. Nein, es geht darum, bei der Begrenzung des klimaschädlichen Überkonsums das Prinzip 'Gleiches Recht für alle' durchzusetzen. Demokratischer geht's nicht.“ (S. 199)

Das meint Oulios wörtlich. Es ist der Konsum, an dem er ansetzen will, wobei er sehr deutlich macht, dass damit zunächst der Konsum derer gemeint ist, die den größten Energie- und Stoffverbrauch haben. Und weil die gewiss nicht auf Appelle hören, soll der Konsum durch staatliche Intervention geregelt werden: „Die Maßnahmen, die wir in Deutschland brauchen, lauten: Begrenzung des Flugverkehrs. Jede:r Einwohner:in erhält das Recht, eine Flugreise pro Jahr zu unternehmen. Nicht mehr. Wer mag, kann sein Recht auf eine Flugreise an den Meistbietenden verkaufen. Oder es einer Freundin schenken, die ihre Großeltern im Ausland besuchen möchte. Jeder Haushalt erhält das Recht (sic) ein Auto anzumelden. Nicht mehr. Im Gegenzug erhalten alle erwachsenen Einwohner:innen je ein Mobilguthaben, das sie ausschließlich für Fahrradkauf und -reparatur, für Bus- und Bahnfahrten und Car-Sharing nutzen können.“ Nach dem selben Prinzip gibt es eine Berechtigungskarte für den Kauf von einem Pfund Fleisch pro Woche und eine weitere für 26 Kleidungsstücke im Jahr. (Zusammenfassung S. 201, vorher aber in je einem Kapitel ausführlich dargestellt)

Man kann dem Vorschlag, die Berechtigung zum Konsum vieler Waren nach dem Gleichheitsprinzip auf alle zu verteilen und dann über den Markt doch wieder Konzentrationen in einem gewissen Umfang zuzulassen, sicher mit vielen Gründen skeptisch gegenüberstehen und das tue auch ich. Aber ein Argument des Autors könnte dabei schlagend bleiben: „Schaffen wir es rechtzeitig, die große Menge an Energie, die wir (für unseren heutigen Lebensstil – WR) benötigen, aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen? Nach allem, was wir wissen, ist das nicht möglich. Es sei denn, wir reduzieren unseren Energieverbrauch massiv. ... Das ist das Kleingedruckte beim Klimaschutz, das noch zu viele Menschen nicht wirklich zur Kenntnis nehmen wollen.“ (S. 86) Wer kennt das nicht, die Freundin, die Klimaschutz wichtig findet, aber auch auf Kreuzfahrt geht, oder den Nachbarn, der Klimaschutz ebenfalls befürwortet, aber sich über den „Zwang“ zum Einbau

einer Wärmepumpe empört. Und wer möchte wirklich einen (eigentlich sofort nötigen) Bundesautobahnabbauplan haben statt eines Bundesautobahnplans?

Sehr differenziert setzt sich Oulios mit zwei weiteren komplizierten Problemen auseinander, nämlich der extremen Ungleichheit innergesellschaftlich und global, diesbezüglich massiv verstärkt durch das Erbe des Kolonialismus.

In einer Demokratie, in der Arme immer mehr unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben, obwohl sie ihn am wenigsten verursacht haben, und wo sie gleichzeitig am wenigsten Einfluss darauf haben, wie er bekämpft werden soll, in einer solchen Gesellschaft stellt die „Aussicht auf einen echten Klima-Notstand ... auch eine Gefahr für unsere Demokratie dar. ... Die Demokratie lässt sich nur schützen, wenn wir schon jetzt die Aufforderung zur Solidarität ernst nehmen und unser verbleibendes CO<sub>2</sub>-Budget gerecht aufteilen. Unter den Generationen, aber auch unter den Individuen. Das bedeutet nichts Geringeres, als dass wir zum Klima-Kommunismus greifen müssen, um unsere Demokratie erhalten zu können.“ (S. 114)

Oulios betont, „dass es notwendig ist, Klimaschutz nicht nur mit den Augen des privilegierten Nordens, sondern vor allem aus dem Blickwinkel des Globalen Südens zu betrachten“ (S. 144). Aber er wendet sich strikt dagegen, „weiße Menschen“ und „Menschen in den am meisten betroffenen Regionen“ (MAPA – most affected people and areas) „als homogene Gruppen zu betrachten mit jeweils von einander abzugrenzenden Interessen und Privilegien. Das kann man nur tun, wenn man die Klassenverhältnisse außer Acht lässt und ebenso die Tatsache, dass ähnlich wie in unseren europäischen Gesellschaften auch in den Gesellschaften des Südens Machtstrukturen und Interessengegensätze existieren.“ (S. 145) Zwar muss der Klimaschutz dekolonisiert werden, wie es die entsprechende Kapitelüberschrift einfordert, aber das „bedeutet, die Verantwortlichen für die Klimakrise zu benennen und postkoloniale Machtverhältnisse dabei zu berücksichtigen und zu überwinden. ... Einzelne Menschen aus den *weißen* Wohlstandregionen einerseits oder aus den am meisten betroffenen Regionen andererseits stehen nicht qua Herkunft auf der richtigen oder falschen Seite.“ (S. 147)

Schließlich gibt es noch ein Kapitel, das sich grundsätzlich mit kapitalistischen Strukturen und Produktivität auseinandersetzt. Auch dort bleibt der Autor seinem Ansatz treu und diskutiert zuerst den Konsum. „Ein kompletter Umbau der Wirtschaft, selbst wenn er politisch mehr Anhänger:innen gewinnen würde, ist noch viel schwieriger durchzusetzen und braucht mehr Zeit als Einschränkungen des Konsums im Sinne eines Klima-Kommunismus. ... Es geht also erst einmal darum, eine klimafreundliche Form der Umverteilung auf dem bestehenden Level unseres Lebensstandards hinzubekommen.“ (S. 176) „Der Vorteil des Begriff Kommunismus besteht darin, dass er sowohl das Versprechen der Gleichheit als auch die Hoffnung auf Gerechtigkeit und den Anspruch auf eine Alternative zum bestehenden System transportieren kann.“ (S. 181)

An dieser Bestimmung des „Kommunismus“ wird deutlich, dass Oulios den Begriff nicht willkürlich gewählt hat. Die drei genannten Elemente Gleichheit, Gerechtigkeit und Systemalternative sind gewiss Bestimmungen jeder Art von Kommunismus, auch wenn der Beschränkung darauf eine gewisse Willkür anzuhaften scheint. So geht es mir auch bei der einen oder anderen sonstigen Argumentation des Autors, insbesondere die Ausführungen zur Landwirtschaft bleiben deutlich hinter dem zurück, was fortschrittliche Akteure aus dem Metier dazu seit Jahren sagen. Insgesamt aber macht Oulios sein Denken sehr gut nachvollziehbar, er argumentiert klar und prononciert. Meistens wird man ihm zustimmen können, wo nicht, macht er eine sachliche und genaue Auseinandersetzung leicht. Die Lektüre lohnt sich also allemal.